

Atomwirtschaft

Die Urananreicherungsanlage im niederländischen Almelo soll wie die in Gronau ausgebaut werden

Der deutsche Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V. hat gegen den beantragten Ausbau der niederländischen Urananreicherungsanlage (UAA) im grenznah zu Deutschland gelegenen Almelo Einspruch beim Umweltministerium (VROM) in Den Haag erhoben. Durch die Ausbaupläne sieht der BBU Gefahren für die Bevölkerung in den Niederlanden, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland,

zum Beispiel durch Urantransporte, durch erhöhte Niedrigdosisstrahlung und denkbare Störfälle. In der Anlage wird das radioaktive Uranhexafluorid verarbeitet, das bei Freisetzungen unter anderem zu gefährlicher Flußsäure reagieren könne.

Der Urenco-Konzern, der sowohl die deutsche Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau als auch die im niederländischen Almelo be-

treibt, will bei beiden Anlagen eine Kapazität von jeweils 4.500 Tonnen Urantrennarbeit pro Jahr (UTA/a) erreichen. Damit könnten insgesamt pro Jahr etwa 70 Atomkraftwerke mit Uranbrennstoff versorgt werden, erklärt der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau in einer Mitteilung vom 15. Januar 2007. Während die Gronauer Anlage derzeit bereits auf 4.500 Tonnen UTA/a ausgebaut wird, geht es bei dem laufenden Genehmigungsverfahren zum Ausbau der UAA in Almelo um die Erhöhung der bislang genehmigten 3.500 Tonnen UTA/a.

Bereits im Februar 2005 hatte der nordrhein-westfälische Energieminister Axel Horstmann (SPD) die Erweiterung der Urananreicherungsanlage in Gronau genehmigt. Zuvor

reichte die Kapazität der Atomfabrik in Gronau aus, um 14 Atomkraftwerke mit Uran zu versorgen, künftig werden es etwa 35 sein. Durch den Ausbau der Atomanlagen wird sich auch die Zahl der Urantransporte drastisch erhöhen.

Der BBU ist der Auffassung, daß eine Urananreicherungsanlage nie umweltverträglich betrieben werden kann. Eine Genehmigung zur Erhöhung der bisherigen Kapazität würde zudem eine Zustimmung zum Weiterbetrieb bestehender und zum Bau neuer Atomkraftwerke bedeuten. Der Ausbau der Atomenergie fördere auch die Gefahren der Weiterverbreitung von Atomwaffen. ●

Atom Müll-Endlagerung

Niedersachsen will sich im Raumordnungsprogramm auf Gorleben festlegen

Der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) hat jetzt eine ablehnende Stellungnahme zur Festlegung eines Vorranggebietes zur Entsorgung radioaktiver Abfälle bei Gorleben an die niedersächsische Landesregierung abgegeben. Be-

gründet wurde dies neben anderen Argumenten mit dem aktuellen Klimawandel. Klimaforscher und Meteorologen sagen einen Anstieg des Meeresspiegels für die nächsten 10 bis 30 Jahre von bis zu 7,50 Metern voraus. Der Endlagerstandort würde durch unbere-

chenbare Wassereinträge abtauen und radioaktive Isotope in die Biosphäre gelangen. Als der Standort 1977 benannt wurde, habe niemand entsprechende Gefahren für möglich gehalten.

In dem Entwurf zum niedersächsischen Landesraumordnungsprogramm (LROP) 2006 wird das in Bau befindliche Erkundungsbergwerk Gorleben, sowie das benachbarte Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Gorleben als „Vorranggebiet“ festgelegt. Die Bürgerinitiative Umwelt-

schutz Lüchow-Dannenberg (BI) kritisiert das Vorpreschen der Landesregierung als „Einrichtung eines Vorranggebietes für tödliche Strahlung“. Das sei wieder ein Schritt, eine ergebnisoffene Endlagerung unmöglich zu machen und die weitere Atom Müllproduktion abzusichern, erklärte BI-Sprecher Francis Althoff am 26. Januar 2007 in Lüchow. Anstatt Endlagerstandorte zu suchen, werde hier eine Festlegung getroffen und andere Nutzungen völlig ausgeschlossen. ●

Atompolitik

Herr Koppe klärt auf

Wie die Stasi die westdeutsche Atomindustrie abschöpfte

Unter dem Titel „Herr Koppe klärt auf“ beschrieb der Deutschlandfunk am 22. Januar 2007 in einem Feature von Rainer Link, wie die Stasi die westdeutsche Atomindustrie abschöpfte. Der abgebrochene Physikstudent Johannes Koppe, Jahrgang 1932, heute Rentner in Ostberlin, plante

dennach ab den 1960er Jahren die ersten Atomkraftwerke in Norddeutschland. Wortgewandt und demagogisch galt er als Chefideologe der deutschen Atomindustrie und war einer der kämpferischsten Gegner der Anti-AKW-Gruppen. Sein Buch „66 Fragen, 66 Antworten zur Kernenergie“

galt als Bibel der Kernkraftindustrie, obwohl Wissenschaftler der Kernforschungsanlage Jülich in einem internen Memorandum entsetzt über den propagandistischen Dilettantismus reagierten: „Die Broschüre beantwortet manche Fragen nur unvollständig, sie beschönigt oder sie beantwortet Fragen, die niemand gestellt hat, auf die sie aber eine gute Antwort weiß.“ Koppe glaubt bis heute fest an die absolute Sicherheit der Atomtechnik, Zweifler hält er für unseriös oder unkundig oder beides. Trotz

Harrisburg und Tschernobyl sei die Atomkraft absolut sicher. Wer anderes sage, habe keine Ahnung. 1979 verschwand Johannes Koppe plötzlich von der Bildfläche und tauchte Wochen später in der DDR wieder auf. Er entpuppte sich als Top-Agent der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), der Ostberlin mit allen wichtigen Dokumenten und Plänen der westdeutschen Atomindustrie versorgt hatte. In der DDR setzte Koppe sein atomares Wirken fort. Er darf studieren